



SPD-Fraktion im  
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt Dortmund

An die  
Medien

Dortmund

21.02.06

## **SPD und GRÜNE: Keine Umzugswelle aufgrund von Mietkosten**

Vor dem Hintergrund der Stellungnahme des Mietervereins wollen die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN den bisherigen Dortmunder Weg weiter beschreiten und Umzüge von ALG-II- BezieherInnen auf ein eventuell notwendiges Minimum begrenzen. Mit SPD und GRÜNEN wird es aufgrund von Mietkosten keine Umzugswelle geben.

**Birgit Unger, sozialpolitische Sprecherin der GRÜNEN:** „Die Stadt und ARGE sind bisher sehr zurückhaltend und verantwortungsvoll mit Auszugsaufforderungen an diejenigen BezieherInnen von Arbeitslosengeld II umgegangen, deren Unterkunfts-kosten über den Angemessenheitskriterien liegen. Diese Vorgehensweise ist richtig und wir wollen, dass sie auch weiterhin in Dortmund so Bestand hat.“

SPD und GRÜNE wollen den Handlungsrahmen zur Prüfung der Angemessenheit von Wohnraum so gestalten, dass die Veranlassung zum Umzug auf unabdingbar notwendige Fälle begrenzt und die jeweils individuelle Situation der Leistungsberechtigten berücksichtigt wird. Dies ist auch von der Verwaltung in den bisherigen Diskussionen so gesehen worden.

**Reinhold Giese, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion:** „Die Verwaltung arbeitet derzeit mit Hochdruck an einer ersten Aufarbeitung der Datenlage. Dabei wird jeder Einzelfall geprüft. Diese Arbeit wird aufgrund der Aufbausituation der ARGE einige Wochen in Anspruch nehmen.“

SPD und GRÜNE weisen daraufhin, dass die Verwaltung bei der Beantwortung einer Anfrage in der letzten Ratssitzung bereits deutlich gemacht hat, dass neben der Nähe zum Arbeitsmarkt und einem Schwerbehindertenstatus noch weitere Gründe für einen Verbleib in der momentanen Wohnung sprechen können. Dies kann zum Beispiel die Dauer der Arbeitslosigkeit, die kurzfristige Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses oder der absehbare Eintritt ins Rentenalter sein. SPD und GRÜNE verstehen diese Liste nicht als abschließend, aber als deutliches Zeichen dafür, dass es eine große Umzugswelle in Dortmund nicht geben wird. Zusätzlich begrüßen die Fraktionen die Ankündigung der Verwaltung, Gespräche zur Frage der Angemessenheitskriterien mit ortsansässigen Organisationen wie der Wohnungswirtschaft und dem Mieterverein zu führen.



SPD-Fraktion im  
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt Dortmund

Die Verwaltung hatte in der Sitzung des Sozialausschusses im Dezember angekündigt, mit einer Überprüfung der Fälle, welche die Angemessenheitskriterien um mehr als 25 Prozent übersteigen, im ersten Quartal des Jahres zu beginnen. Die Ergebnisse dieser Überprüfungen sollen dann in eine Vorlage an die politischen Gremien einfließen.

**Birgit Unger und Reinhold Giese:**“ Die Ergebnisse werden uns zeigen, um welche konkreten Schicksale und Situationen es sich handelt. Vor diesem Hintergrund muss aus unserer Sicht eine Diskussion darüber geführt werden, welche objektiven Kriterien für einen Verbleib in der bisherigen Wohnung sprechen. Wir gehen davon aus, dass vor Abschluss einer solchen Diskussion keine Umzugsaufforderungen vorgenommen werden.“